5. Jahrgang Nr. 30. Einzelnummer 60 Mk.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 60.— Mk. Durch Austräger 900.— Mk. pro Woche. Durch die Post 900.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postscheckkonto Nr. 310 59. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8837.

Montag, 5. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 50.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 150.— Mark.

So darf es nicht weiter gehen!

Es muß umgehend ein allgemeiner Betriebsräte-Kongreß einberufen werden. Die Cuno-Regierung, die uns diesen „herrlichen Zeiten" entgegen geführt hat, muß einer Arbeiter-Regierung Platz machen. Die Wucherer müssen an die Wand gestellt und die Sachwerte erfaßt werden!

Breslau, den 3. Februar.

„Das Vaterland ist in Gefahr!" „Unsere nationale Ehre ist bedroht!" „Einbruch des französischen Räubers ins Ruhrgebiet", „Französische und belgische Bluttaten im Ruhrgebiet", so kreischt die bürgerliche und kleinbürgerliche Presse von der „Schlesischen Zeitung" über den „Generalanzeiger" bis zur „Volkswacht" hinunter. Und sie alle stacheln die nationalistischen Leidenschaften auf. Die „Volkswacht" und die „Bergwacht" verlangen zwar alle 3 oder 4 Tage in ein oder zwei Zeilen „Kampf gegen den Nationalismus" peitschen jedoch in all den anderen Zeilen die nationalistischen Leidenschaften des Volkes auf. Schon kam es in Berlin, München und Königsberg zu nationalistischen Ausschreitungen.

Die Kapitalisten, die deutschen Schwerindustriellen brauchen die „nationale Empörung", um einen Druck auszuüben auf ihre französischen Kollegen, die ihnen einen Teil der Beute abjagen wollen. Während sie die Proleten dazu auffordern und mißbrauchen, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, machen sie sich gleichzeitig daran, ihn vollends auszuplündern. Das was jetzt in dieser Beziehung getrieben wird, spottet jeder Beschreibung. Der Dollarpreis schwankt zwischen 40 und 50 000 Mark. Die Preise werden dem Dollarstande angemessen. In einer Woche wurden die Preise für alle Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel um das 5- bis 10fache erhöht. Der Wucher blüht. Die Kapitalisten und die Händler, sie sind bestrebt, ihre Substanz zu erhalten. Die Schwerindustriellen des Ruhrgebietes haben die Preise für Eisen auf das Zehntausendfache erhöht. Der Preis der Kohle steht dem nicht viel nach.

In Breslau kostet das Pfund Margarine 5000 Mk., der Liter Milch 5—600, ein Ei 3—400, ein Pfund Rindfleisch 5—6000, ein Paar Schuhsohlen 10—127000 Mk. Die Kapitalisten benutzen einerseits den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet als Vorwand für die hemmungslose Preistreiberei und andererseits wiederum die von ihnen hervorgerufenen Not als Mittel zur Anpeitschung der nationalistischen Leidenschaften.

Die Preise für Holz und Eisen sind auf das 10—15 000fache der Friedenspreise heraufgetrieben worden.

Und die Löhne? Sie haben kaum das 750fache der Friedenslöhne erreicht. Der Hunger ist ein ständiger Gast in den Reihen des Proletariats und einem Teil des Mittelstandes, der sogenannten „verschämten Armen".

An diesen Zuständen ist auch die Cuno-Regierung schuld. Sie tut nichts gegen all die großen und kleinen Wucherer, predigt Moral: „Mehr Sparsamkeit", das ist alles. Gegen den Wucher geschieht nichts. Im Gegenteil! **Die Regierung Cuno, die uns diesen „herrlichen Zeiten entgegengeführt hat,** sie rüstet zur Unterdrückung von „Unruhen". **Noske ist „stahlhart entschlossen"!**

„Die Zeit", das Organ der Deutschen Volkspartei, verlangt von der Regierung „innere Propaganda", „aktive Politik" gegen die „Flaumacher" und Quertreiber".

Die hungernde Bevölkerung soll nach dem Muster der amtlichen „Aufklärung" im Krieg mit Propaaganda, zu deutsch mit Lügen, gefüttert werden.

Was machen in dieser Situation die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer? Fordern sie die Proleten zum schärfsten Kampfe auf gegen die Wucherer, Schieber, Schwerverdiener, Großagrarier, Großsäckelbewahrer und ihre Regierung? Fordern sie den Sturz der Cuno-Regierung, die den Wucherer unterstützt, die den Steuerbetrug billigt, die uns diese Zustände bescherte?

Nichts von alledem! Mit den Stinnes, Thyssen, Krupp, Cuno und Konsorten, also mit den großen und kleineren Wucherern haben sie eine Einheitsfront geschlossen! Sie billigen die Politik dieser Regierung, die den Verlust des Ruhrgebiets auf ihr Konto buchen kann, die den Dollar auf 40 bis 50 000 Mark hertreiben hilft, der Schieber Milliarden zuschanzt, die die Proleten aufgebracht haben durch den Steuerabzug vom Lohn und durch indirekte Steuern.

Die sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführer sie haben obendrein noch die Stirn, die Proleten aufzufordern bezw. zu zwingen, sich vom Hungerlohn 1—3 Prozent abziehen zu lassen, also Gelder aufzubringen, mit denen die Zechen- und Hüttenbesitzer, die Großwucherer und die Hitlergarden unterstützt werden. Sie fordern, daß die Proleten hungrigen Magens für die Kapitalisten Ueberstunden schieben.

So kann es nicht weitergehen. Ueber die Köpfe dieser Führer hinweg **müssen die Stadt- und Landarbeiter sofort zur Einberufung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses** schreiten.

Gestützt auf die Betriebsräte gilt es für die Arbeiterklasse schleunigst den Kampf gegen den Wucher aufzunehmen. Es gilt den Kampf zu eröffnen für die Erfassung der Sachwerte, damit die Wirkungen des Hungers abgedämpft werden können.

Die Cuno-Regierung aber, die dem Wucher freien Lauf läßt, muß einer Arbeiterregierung Platz machen, die dem kapitalistischen Wucher das Handwerk legt und die Kapitalisten zwingt, für die Abwehr gegen Poincare in ihren Beutel zu greifen.

Zum Rücktritt der sächsischen Regierung.

Die sozialdemokratische, angebliche Arbeiter-Regierung Sachsens war die Regierung der bürgerlichen „Ruhe und Ordnung".

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Das Kabinett Lipinski-Buck hat sich in der Landtagssitzung vom 30. Januar als das „Kabinett der bürgerlichen Ordnung" proklamiert. Es hat die Kampffront der Arbeitermassen verschmäht und sich den bürgerlichen Parteien als die Retterin der bürgerlichen Eigentumsordnung angelegentlichst empfohlen. „Gegen das Chaos! Für die Ordnung!" ist die Losung der sozialdemokratischen Regierung. Unter diesem Feldgeschrei ist sie in das Lager der Bourgeoisie übergegangn. Diese Tatsache kann nicht ausgelöscht werden. Die bürgerlichen Parteien gaben Erklärungen ab, nach denen sie, aus anderen Motiven wie die Kommunisten, dem Mißtrauensantrag zustimmten. Das Gesamtministerium hat sich mit Lipinski solidarisiert und seinen Rücktritt erklärt. Die sozialdemokratische Regierung ist nach zweimonatiger Tätigkeit an der brennendsten Frage des Klassenkampfes, am Faszismus gescheitert.

Die Regierungskrise in Sachsen hat ihren Ausgangspunkt in zwei Tatsachen: erstens in der Stellung der sozialdemokratischen Regierung zur Reparationsnote vom 13. November 1922, zweitens im Versagen der Regierung im Kampfe gegen die faszistische Bewegung.

Die Verschärfung der politischen Lage hat die sozialdemokratische Regierung Sachsens mehr und mehr an die Seite des Bürgertums getrieben. Sie ist zu einem Organ der Kapitalsoffensive geworden. Die sozialdemokratische Regierung hat sich zum Garanten der Stinnespolitik in Sachsen gemacht. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat trotz der Proteste vieler sozialdemokratischer Mitgliedschaften gegen die Cunopolitik und gegen die Durchführung der Reparationsnote vom 13. Dezember die Regierung uneingeschränkt gewähren lassen. Obwohl weite Kreise der sozialdemokratischen Arbeiterschaft entschiedene Gegner der Cunopolitik sind, hat die sozialdemokratische parlamentarische Vertretung nicht die Kraft aufgebracht, diesen Willen der sozialdemokratischen Arbeiter dem Willen der Regierung entgegenzusetzen. Wirtschaftlich hat die Regierung der Arbeiterklasse in keiner Weise Hilfsdienste geleistet. Im Gegenteil. **Die staatlichen Werke sind den Scharfmachern der Privatindustrie mit der Entrechtung der Betriebsräte vorangegangen.** Die Steuerpolitik der Regierung sieht keinen anderen Ausweg wie die Belastung der breiten Massen; die auch verfassungsmäßig mögliche Entlastung der breiten Massen durch eine Zwangsanleihe wird von der Regierung abgelehnt.

Der Einmarsch Poincares ins Ruhrrevier hat die Regierung vollständig an der Seite der nationalistischen Bourgeoisie gefunden. Im Landtag hat die Regierung eine Erklärung abgegeben, in der sie die nationale Einheitsfront mit den Deutschnationalen aufrichtet. Der Ministerpräsident Buck hat in der Sitzung vom 30. Januar außerdem noch erklärt, daß er sich rückhaltlos auf den Boden des Aufrufs der Reichsregierung über das „Volksopfer" stellt. In allen Besprechungen der Ministerpräsidenten ist die sächsische Regierung mit dem schwerindustriellen Kabinett Cuno durch dick und dünn gegangen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat auch in dieser Frage nicht gewagt, den gegenteiligen Willen der sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber der Regierung geltend zu machen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat den ganzen nationalistischen Rummel restlos mitgemacht.

Die Unterwerfung der bayrischen Regierung Knilling unter den Terror der Nationalsozialisten bedeutet eine neue Etappe im Vormarsch der faszistischen Bewegung in Deutschland. Der Abwehrkampf gegen den Faszismus ist zu einer Existenzfrage für die Arbeiter Deutschlands geworden. Vor allem hätte natürlich eine sozialdemokratische Regierung die Aufgabe, jede konterrevolutionäre Regung rücksichtslos zu unterdrücken. Eine Duldung faszistischer

Leipziger Betriebe fordern die Arbeiterregierung.

Aus Leipzig wird uns gemeldet:

Der Rücktritt der sozialdemokratischen Regierung wird in den Leipziger Betrieben lebhaft besprochen. Aufs schärfste wird das arbeiterfeindliche Verhalten der sozialdemokratischen Minister getadelt. Besonders wird Buck, der der Note vom 13. November, also den Massenentlassungen, der Beseitigung des Achtstundentages, dem Lohnabbau, dem Brotwucher, zustimmte, dann Held, der die Rechte der Betriebsräte auf den staatlichen Braunkohlenwerken beschnitt, und am schärfsten Lipinski wegen seiner Begünstigung der Reaktion anläßlich der Wulle-Versammlung u. a., wegen der Begünstigung der Hausbesitzer anläßlich des Leipziger Mieterstreiks, verurteilt.

Fast alle Arbeiter, darunter sehr viele VSPD.-Arbeiter billigen das Verhalten der Kommunisten und fordern jetzt die Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen, die sich auf die Betriebsräte stützt und die Bewaffnung der organisierten Arbeiter gegen den Faszismus durchführt. Nachstehend die Resolutionen einiger Betriebe:

Die Belegschaft der Firma W. Schneider, Leipzig (Creditanstalt), fordert in Anbetracht der jetzigen Regierungskrise die Bildung einer reinen Arbeiterregierung.

Diese Resolution ist einstimmig angenommen. Weit über die Hälfte der Belegschaft gehört nicht der KPD. an.

Die Belegschaft der Firma AG. für Bauausführung, Berlin, Baustelle Darmstädter Bank, Leipzig, fordert eine Arbeiterregierung mit Eintritt der Kommunistischen Partei, gestützt durch die Betriebsräte.

Diese Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen und wurde auch als Telegramm nach Dresden an den Landtag gesandt.

In der letzten Ortsausschußsitzung in Hainichen kam unter anderem folgende Resolution an den ADGB. zur Aussprache und Abstimmung:

„Sofortige Bildung einer Arbeiterregierung und energische Einsetzung für die Erhaltung des Achtstundentages."

Diese Resolution wurde von den SPD.-Kollegen eingebracht. Trotzdem versucht wurde, die Arbeiterregierung in der Resolution zu Fall zu bringen, gelang es ihnen nicht. Es stimmten 16 SPD. und 2 KPD., zusammen 18, dafür und 12 SPD.-Kollegen dagegen. Hier zeigt es sich, daß die ehrlichen Kollegen, die das Wohl der Arbeiterklasse wollen, unwiderruflich zurück müssen zum revolutionären Klassenkampf.

Die tschechischen Kommunisten gegen die Kriegsgefahr.

Unsere tschechische Bruderpartei ruft für den 4. Februar anläßlich der Eröffnung ihres Parteitages Massenversammlungen mit der Tagesordnung gegen die neue Kriegsgefahr ein. In den Versammlungen werden auch ausländische Delegierte sprechen. Der Aufruf endet mit der Parole: „Nur die Einheitsfront des Proletariats kann die furchtbare Kriegsgefahr abwehren."

Schutz den Faszisten! Kampf den Kommunisten!

Die Regierung Cuno hat die in Gera verhafteten Faszisten freigelassen. Dafür ist unser Stuttgarter Parteiblatt, die „Süddeutsche Arbeiterzeitung", von der württembergischen Regierung verboten worden. Warum? Wegen des Aufrufs unserer Parteizentrale gegen die Münchener Putschisten.

Die Situation ist klar!

Kundgebungen und Organisationen ist schamloser Verrat an dem elementarsten Lebensinteresse des Proletariats. Diesen Verrat hat die sozialdemokratische Regierung begangen. Sie hat mit ihrer Exekutivgewalt, mit ihren Beamten und ihrer Polizei die Nationalisten geschützt. Herr Lipinski erklärt: „Die Leipziger Polizei hat sich im Kampfe gegen die Kommunisten einwandfrei und prächtig benommen.“ Mehr noch! Herr Lipinski begnügte sich nicht damit, die schwarz-weiß-rote Fahne mit dem Hakenkreuz und die bewaffneten Faszisten zu verteidigen. Er gab obendrein noch den Staatsanwälten das Stichwort gegen die Kommunistische Partei. Der sozialdemokratische Polizeiminister „enthüllte“ Richtlinien der Zentrale der KP. über illegale Arbeit. Er machte die Staatsanwälte auf die Beschlüsse des 4. Weltkongresses der KI. über illegale Vorbereitungen aufmerksam. Die Rechtfertigung des Polizeiministers war eine wüste Progromhetze gegen die Kommunisten. Es nützte alles nichts! Die besitzende Klasse hat ihren Lakaien den Fußtritt gegeben.

Die sozialdemokratische Regierung wollte jedoch auch beweisen, daß sie energische Maßnahmen für den „Schutz der Republik“ plant. Wegen der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage“ rechnet die Regierung noch immer „mit größeren Unruhen“. Um diese Unruhen unterdrücken zu können, verlangt die Regierung in ihrem Nachtragsetat 20 Millionen Mark. Die Regierung will angeblich mit diesen 20 Millionen — die Arbeiter bewaffnen. Sie versucht auf diese Weise, dem Proletariat vorzutäuschen, daß sie den Kampf mit der besitzenden Klasse mit der Waffe austragen will. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Täuschungsmanöver demagogischster Art. Die Voraussetzung für den Kampf der Arbeiterschaft mit der Waffe in der Hand gegen die besitzende Klasse ist die Mobilisierung der breiten Massen. Die praktische Politik der Regierung unterdrückt jedoch jede Bewegung der Massen. Die Regierungspartei, die Sozialdemokratie, fürchtet Massenkämpfe und stellt sich jeder Mobilisierung der Arbeiterklasse entgegen. Die Voraussetzung für den bewaffneten Kampf werden von der Sozialdemokratie bewußt sabotiert und vernichtet. Die „Bewaffnung der Arbeiter hinter dem Rücken der Bourgeoisie“, für die die Regierung angeblich die 20 Millionen Mark benutzen will, ist nichts als Schaumschlägerei. Der Bourgeoisie gegenüber leugnet die Regierung den Verwendungszweck dieser Mittel. Sie will sich nach beiden Seiten decken.

Die sozialdemokratische Regierung war nicht naiv genug zu glauben, daß die kommunistischen Arbeiter die Stinnespolitik dieser Regierung unterstützen würden. Das Kabinett Buck-Lipinski glaubte, weil es das Prädikat „sozialdemokratisch“ trug, daß dieses Firmenschild allein genüge, um die Arbeiterschaft kritiklos hinter sich zu sammeln. Die Regierung hat sich geirrt. Die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ besagt noch nichts. Entscheidend sind die Taten. Und die Taten der Regierung waren bürgerlich. Zwischen Bourgeoisie und Proletariat hat die Regierung geschwankt. Obwohl sie die Geschäfte des Bürgertums besorgte, wird sie jetzt von den Bürgerlichen fallen gelassen. Sie hat aber auch nicht das Vertrauen der Arbeiterklasse. Die Regierung ist über ihre zweideutige Politik gefallen.

Die sozialdemokratische Partei glaubt besonders schlau zu sein, wenn sie jetzt erklärt, die Kommunisten und die Bürgerlichen sollten nunmehr zusammen die Regierung bilden. Die Kommunisten sind die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft. Es braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden, daß sich die Kommunisten auf solche Witze nicht einlassen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion war in der entscheidenden Landtagssitzung die verkörperte Hilflosigkeit. Ohne Initiative und politischen Halt. Sie war der untertänigste Lakai ihrer Minister.

Die Kommunistische Partei hat noch in derselben Sitzung des Landtages nach dem Rücktritt der Regierung ihre Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei klargelegt. In letzter Stunde noch haben die Kommunisten der Regierung und den Sozialdemokraten Gelegenheit gegeben, mit dem Bürgertum zu brechen und die Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern wieder herzustellen. Am 27. Januar, am Tage vor dem Hitlerputsch in München, hat die Kommunistische Partei die Sozialdemokratie zu gemeinsamem Vorgehen aufgefordert. Bewaffnung der Arbeiter, Bildung von Selbstschutzorganisationen, Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses, Bildung einer Arbeiterregierung, das waren die Losungen der zu schaffenden Einheitsfront. Die Sozialdemokraten haben sich für die Bourgeoisie entschieden. Der Platz der Kommunistischen Partei ist bei den arbeitenden Massen in der Front gegen die Bourgeoisie. Für uns gibt es nur eine Losung: Arbeiterregierung! Wir fordern die Sozialdemokraten auf, die Neubildung der Regierung nicht als parlamentarischen Kuhhandel, nicht als ein Schachergeschäft um Ministerposten zu betreiben. Die Bildung der Regierung ist eine Sache, die das gesamte Proletariat angeht. Die Arbeiter sollen entscheiden. Nach Lage der Dinge kann das nur auf einem Landesbetriebsrätekongreß für Sachsen geschehen. Leistet die Sozialdemokratie diesem Bestimmungsrecht der Arbeiterschaft Widerstand, dann werden die Betriebsräte selbst ihr Recht verteidigen. Der Landesbetriebsrätekongreß für Sachsen wird dann auch ohne und gegen die sozialdemokratischen Führer zustandekommen. Die Sozialdemokratie soll sich aber bewußt sein, daß es sich dann nicht um eine Spielerei handelt, sondern in einer ernsten, zugespitzten Situation um einen ernsten Schritt der Arbeiterschaft nach vorwärts. Die Folgen werden über die Sozialdemokratischen Führer kommen.

Warum und wie in Sachsen die angebliche Arbeiter-Regierung gestürzt wurde.

Die Sozialdemokratische Regierung Sachsens, die mit Hilfe der Kommunisten am 6. Dezember v. Js. gebildet worden ist, hat am 30. Januar vor den Faszisten ebenso kapituliert wie die Knilling-Regierung in Bayern. **Ungeachtet dessen haben ihr die Reaktionäre einen Fußtritt versetzt.** Darob großes Geschrei im Lager der SPD. und ihrem Blätterwald. Allen voran marschiert die VSPD.-Presse Schlesiens, die den Kommunisten vorwirft, der Reaktion Zutreiberdienste geleistet zu haben. Die VSPD. und ihre Presse stellen die gestürzte Regierung Sachsens fälschlich als eine Arbeiterregierung hin und erheben also gegen uns den Vorwurf, daß wir „in Sachsen die Arbeiterregierung gestürzt hätten“. Wie die gesamte Politik dieser sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ aussah, **die es vorzog, sich auf die reaktionären Geheimräte zu stützen, statt auf die Betriebsräte und auf die bewaffneten Proleten, die es vorzog, mit den reaktionären Geheimräten die Betriebsräte vollends zu entrechten, die den schwärzesten Reaktionären Deutschlands Gastfreundschaft gewährte — sie aber dem kommunistischen Parteitag verweigerte,** wie also die Politik dieser sogenannten Arbeiterregierung aussah, erhellt die Anklagerede, die Genosse Böttcher am 30. Januar zur Begründung des Kommunistischen Mißtrauensvotums im sächsischen Landtag hielt.

Genosse Böttcher führte u. a. aus:

Das Mißtrauensvotum gegen Minister Lipinski hängt zusammen mit der Stellung der Regierung gegenüber der Arbeiterklasse. Die Regierung der Volksbeauftragten in Sachsen, der auch Lipinski angehörte, legte zu Beginn die politische Linie fest. Die Volksbeauftragten erklärten, das Proletariat habe das Recht, die Geschicke zu führen. Sie erließen einen Aufruf, in dem es hieß:

„Die öffentliche Gewalt ist in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die Träger der revolutionären Bewegung, haben die Aufgabe, die sozialistische Volksregierung zu stützen und zu kontrollieren.“

Damals vertrat der Minister die Forderungen, die heute von der KPD. vertreten werden. Damals schrieb auch Lipinski über den Verrat der SPD.:

„Der Durchführung dieses Programms setzten die rechtssozialistischen Mitglieder vom ersten Augenblick an den stärksten Widerstand entgegen. Die der USP. angehörenden Volksbeauftragten waren, weil von den Mehrheitlern eine Politik im Interesse des Proletariats ständig verhindert wurde, und sie die Verantwortung für die sozialistischen Halbheiten der Gradnauer nicht mehr mit tragen konnten, gezwungen, aus der vorläufigen Regierung auszuscheiden.“

Man kann diese Zitate heute auf den Schreiber derselben, und auf die sozialdemokratische Regierung anwenden.

Die Kommunistische Partei kann die von der Regierung betriebene Politik nicht mehr unterstützen. Die Lage ist heute eine andere wie 1919 und 1920. **Mit Hilfe der Sozialdemokraten haben sich die Bürgerlichen wieder in den Sattel gesetzt.** Die Folgen der Erfüllungspolitik sehen wir jetzt an der Besetzung des Ruhrgebiets. Die Cunoregierung verübt eine Politik der Gewalt gegen die Arbeiterschaft. Die Sozialdemokraten bilden mit den Kapitalisten eine nationale Einheitsfront. Ebert, Cuno und die Regierungen der Länder, also auch die sozialistisch-sächsische Regierung erließen gemeinsamen Aufruf. **Mit dem nationalen Fetzen soll das Proletariat besoffen gemacht werden, um dann der Ausbeutung leichter ausgeliefert zu sein.** (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Die Faszisten benutzen die Gelegenheit, ihre Organisationen auszubauen.

Unter dem Deckmantel legaler Verbände treiben sie ihre Rüstungen weiter. Die KPD. hat die Regierung oft darauf hingewiesen. Wir haben gefordert, die proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen die Faszisten mit uns herzustellen. Die Sozialdemokraten haben es abgelehnt, ihnen war das Bündnis mit dem Bürgertum genehmer. Die Sozialdemokraten waren Verbündete der Faszisten.

Die Polizei verbot das Abhalten der Demonstrationen gegen den Hunger, gegen die Züchtigung der Lehrlinge, gegen die Ausbeutung. Dafür erlaubte sie eine Versammlung der Faszisten in Leipzig, in der Wulle sprach.

Die Leipziger Arbeiter betrachten die Versammlung als eine Provokation. Selbst die Polizei stand auf dem Standpunkt, daß diese Versammlung infolge der Erregung der Arbeiter nicht stattfinden dürfe. Minister Lipinski hat auf telephonische Anfrage erklärt, daß er die Versammlung nicht verbieten könne. Die Arbeiter waren nicht gewillt, sich die Provokation gefallen zu lassen, sie marschierten gegen die Versammlung und stießen dabei auf die zum Schutze der reaktionären Veranstaltung aufgezogene Polizei.

Nur mit der größten Mühe war es möglich, eine Blutschlacht zu verhindern. (Minister Lipinski antwortet darauf mit höhnischen Bemerkungen.)

Genosse Böttcher fortfahrend: Früher war es auch die Auffassung der Sozialdemokraten, die wirtschaftlichen Nöte können nicht mit dem Säbel beseitigt werden. Jetzt aber macht der Minister höhnische Bemerkungen. Das ist bezeichnend für den Tiefstand der VSPD. Die Regierung mußte die Versammlung auf Grund des § 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu verbieten und nach § 5 des Gesetzes hat sich die Regierung wegen der Unterlassung dieses Verbotes strafbar gemacht. Lipinski gehört deswegen ins Zuchthaus. In der Versammlung waren bewaffnete Faszisten, und das war eine Ursache, die Versammlung zu verbieten. Man kann keine verfassungsmäßigen Schwierigkeiten in den Vordergrund schieben. Das Dulden der konterrevolutionären Organisationen, die schwankende Haltung der Sozialdemokraten hat die Novemberrevolution in den Abgrund gewirtschaftet. Jetzt schreiten die Faszisten zu neuen Siegen. In Bayern triumphierten sie am Sonntag über alle Gewalten. Mit den Milliarden der Schwerindustrie rüsten sie die Truppen, durch welche die Arbeiter niedergeschlagen werden. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Die Kapitalisten befinden sich auf der gesamten Linie auf dem Vormarsch; die Faszisten sind die Stoßtrupps für diese Offensive. (Sehr richtig! bei den Komm.) **Die sozialdemokratische Regierung Sachsens hat sich durch die Duldung der Faszisten zu den Büttteln der Faszisten gemacht.** Die Kommunisten haben der sozialdemokratischen Regierung und den Sozialdemokraten Vorschläge gemacht,

wie man den Kampf gegen die Reaktionäre gemeinsam führt.

Wir fordern die Bewaffnung der Arbeiter, die Einheitsfront des Proletariats gegen die Reaktion. **Die Regierung und die Sozialdemokraten haben das abgelehnt. Da muß die Arbeiterschaft selbst die Organisierung des Kampfes übernehmen. Wenn erst das Proletariat wieder die Waffen in der Hand hat, dann wird sich das Bürgertum wieder verkriechen.** Das Proletariat aber wird seinen Sieg durchführen.

Die Sozialdemokratische Partei und die Regierung haben es abgelehnt, mit den Kommunisten eine Arbeiterregierung zu bilden. Die Taten der sozialdemokratischen Regierung decken die Feinde der Arbeiterklasse, deswegen werden die Kommunisten dieser Regierung ihre Unterstützung versagen. Die Regierung vertritt die Interessen der Kapitalisten, sie mag sich von diesen auch die Mittel holen. **Der Polizeiminister hat seine Truppen gegen die Arbeiter verwendet. Seine Politik war eine Politik zum Schutze des Bürgertums. Wir aber verlangen eine Arbeiterpolitik. Da der Minister diese nicht betrieb, stellen wir den Antrag, ihm das Mißtrauen des Landtags auszusprechen.** (Beifall bei den Kommunisten.)

Im Anschluß an des Genossen Böttchers Anklagerede hielt der sozialdemokratische Polizeiminister Lipinski eine Pogromrede gegen die Kommunisten. Er führte u. a. aus:

Ich persönlich bin der Meinung, daß der Vorgang in Leipzig (Wullebversammlung) von den Kommunisten provoziert worden ist! (Große Entrüstung bei den Kommunisten. Lebhafte Zwischenrufe.)

Ich bedaure nur, daß die organisierte Leipziger Arbeiterschaft in den Räumen des Volkshauses den Kommunisten Gastfreundschaft gewährt. (Zurufe der Kommunisten: Aha, Ihr den Hitlerbanden wohl!)

Lipinski rühmt sich seines „Vorgehens“ gegen die Nationalsozialisten.

Des weiteren empfiehlt er die Kommunisten der angelegentlichen Fürsorge des Staatsanwaltes. **Da sie illegale Organisationen bilden und die Bewaffnung der Arbeiter propagieren, eine Bewaffnung, die sie nicht etwa gegen die Faszisten allein, sondern auch gegen die Regierung richtet,** (Lebhafte Zurufe: Unerhörte Denunziation. Der Herr Staatsanwalt wird sich bei ihnen bedanken!)

Ich komme nun zum Schluß! Meine Damen und Herren! Sie haben die Entscheidung. Sie müssen entscheiden, ob Sie Anarchie im Lande haben wollen oder Ordnung. (Zuruf: Sie Ordnungsheld!)

Der Antrag der KPD.-Fraktion lautete:

„Der Minister Lipinski hat nicht mehr das Vertrauen des Landtages“

und wurde in namentlicher Abstimmung mit 54 gegen 39 Stimmen angenommen.

Die Sozialdemokraten waren überrascht, sie hatten auf die Hilfe der Bürgerlichen gerechnet. Fleißner stammelte: „das durfte nicht kommen“. Zu den Kommunisten erklärten die ratlosen Leutchen, daß sie jetzt die Regierung übernehmen müßten.

Ministerpräsident Buck erklärte, daß die gesamte Regierung zurücktrete. Die KPD. forderte, daß die Neubildung einer Regierung sofort besprochen werde, sie verlangte in aller Oeffentlichkeit die Besprechung der Bildung einer Arbeiterregierung.

Hier wichen die Sozialdemokraten aus.

Im Anschluß an die Ausführungen Lipinskis ergriff Genosse Böttcher noch einmal das Wort und führte aus:

Der Minister hat jetzt von der Bourgeoisie den Dank für seine Politik erhalten. — **Die Bourgeoisie gibt ihren Lakaien immer den Fußtritt, wenn sie ohne dieselben auskommt.** Der Minister hat seine Rede in der Hauptsache zur **Denunzierung der Kommunistischen Partei benutzt.**

Er hetzt die Staatsanwaltschaft auf die Kommunisten. Die Regierung hat nicht den Mut, die eigenen Taten zu decken. **Der Minister mußte die Versammlung verbieten.** Es ist festgestellt, daß die Bewaffneten in Trupps auf dem Bahnhof ankamen. (Lipinski: Weshalb haben Sie die Leute nicht der Polizei übergeben?)

Genosse Böttcher: **Ich bin persönlich bei dem Polizeipräsidenten Kubitz gewesen. Ich habe mich anheischig gemacht, mit zwei Beamten die bewaffneten Leute aus der Versammlung herauszuholen. Das wurde von Kubitz abgelehnt. Für die Haltung der Polizei trägt der Minister die volle Verantwortung.** Gegenüber den Faszisten ist es notwendig, **daß die Massen des Proletariats bewaffnet werden.** Davon gar der Minister nichts gesagt. **Nur die offene Rüstung zum Klassenkampf ist eine Abwehr gegen die Gefahren des Faszismus.** Die Kommunistische Partei, die sich auf die Arbeiter aus den Betrieben stützt, ist hierzu in der Lage.

Wir haben in letzter Stunde nochmals den Weg zur Verständigung gezeigt; die Sozialdemokraten haben aber die Einheitsfront mit den Kommunisten nicht gewollt. Sie haben ihre Taten zu verantworten.

Die englischen Kommunisten gegen den Krieg.

Ein Aufruf der KP. Englands.

Unsere englische Bruderpartei erläßt anläßlich der drohenden Kriegsgefahr einen Aufruf an die Arbeiterklasse, der u. a. besagt: „Erhebt euch, Genossen, gegen den Krieg, ehe es zu spät wird. Die Führer der 2. Internationale bereiten dem Krieg den Weg. Sie unterstützen in England den englischen Imperialismus. Dasselbe tun die deutschen Sozialdemokraten gegenüber ihrer Regierung. Die englischen Arbeiter haben in den imperialistischen Konflikten keine Partei zu ergreifen, sondern den Imperialismus zu Hause, in England selbst zu bekämpfen. Die Reformisten wollen, daß die englischen Truppen in Köln bleiben. Dasselbe wünschen die deutschen Sozialdemokraten, die auf ein Zusammengehen des englischen und deutschen Kapitals hoffen. Vor einigen Jahren kämpftet ihr gegen den deutschen Angriff, heute sollt ihr nach dem Willen der sozialdemokratischen Führer gegen Frankreich kämpfen. Die deutschen Imperialisten hoffen, daß es im Ruhrgebiet zwischen englischen und französischen Truppen zu Zusammenstößen kommt. So soll ein neuer Weltkrieg entfesselt werden. Die Behauptung der „Unabhängigen“, die englischen Truppen in Köln seien eine Garantie des Friedens, ist ein Verrat, der zum neuen Krieg führen soll. Arbeiter der „Labour Party“, fordert durch eure gewerkschaftlichen und politischen Organisationen die Einberufung einer internationalen Weltarbeiterkonferenz. Die englische Arbeiterbewegung soll die Initiative für Einberufung dieser Konferenz ergreifen, um den Frieden zu sichern. Vor allem fordern wir die Abberufung der englischen Truppen, die Annulierung des Versailler Vertrages. Wir kämpfen für die Schaffung der „Vereinigten Arbeiterstaaten“ in Europa.“

Reichsparteitag der KPD.

Diskussion und Schlußwort über den politischen und organisatorischen Bericht der Zentrale.

Schnetter-Halle

wendet sich gegen der Antrag Plenge der er für überflüssig erklärt.

Obwohl die Genossen in Mitteldeutschland nicht zu den gewohnheitsmäßigen Kritikern an der Haltung der Zentrale gehören, muß ihr gewisser Mangel an Aktivität sowie die ungenügende Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Bezirken zum Vorwurf gemacht werden. Genosse Schnetter führt als Beispiel hierzu die Haltung der Zentrale während des Hungerstreiks in Lichtenburg und gelegentlich der sogenannten „Vorwärts"-Enthüllungen über die Märzaktion an. Die Friesländerei sei zum Teil dadurch mit hervorgerufen worden, daß die Zentrale die Angriffe der bürgerlichen Presse und der SPD. nicht genügend und nicht rechtzeitig genug zurückgewiesen habe.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus, daß die Zentrale zu stark berlinerisch orientiert sei, habe der Bezirk Halle-Merseburg den Antrag auf Erweiterung der Zentrale auf 21 Mitglieder gestellt, von denen 7 in den Bezirken seßhaft sein sollen.

Stolzenburg-Rheinland-Westfalen (Nord):

Was die linke Opposition hier vorgebracht hat, sind die üblichen Angriffe auf die Zentrale. Im Bezirk Rheinland-Westfalen (Nord) bestehen keine derartigen Strömungen. (Zurufe: Oho!) Die Linke gibt ihre Zustimmung zur Taktik der Einheitsfront lediglich mit dem Mund, nicht aber in der Tat. Wir haben auch eine rechte Gefahr. Unsere äußerste Rechte ist nur für das zu haben, was auch die SPD. mitmacht. Beide Extreme haben nicht genügend Vertrauen zur Kraft der Partei.

Wenn man uns mangelnde Aktivität in den ersten Tagen der Besetzung des Ruhrgebiets vorgeworfen hat, so sagen wir — in diesen Tagen war ein Vorstoß unsererseits nicht möglich — er wäre sofort ins nationalistische Fahrwasser geraten.

Wir müssen mehr Vertrauen in die Leitung der Partei, mehr Solidarität, mehr Kameradschaftlichkeit aufbringen.

Kleine-Westsachsen:

In der kritischen politischen Situation, in der wir stehen, müssen wir unsere ganze Kraft auf den wahren Feind, auf den Kapitalismus, konzentrieren und uns nicht mit kleinlichen inneren Streitigkeiten aufhalten. Die KPD. hat als einzige die ganze ökonomisch-politische Entwicklung vorauszusehen, die wir jetzt durchgemacht haben. Die bürgerlich-pazifistischen Bestrebungen, die Gegensätze zu verkleistern, haben die Entwicklung nur hinausschieben, sie aber durchaus nicht verhindern können.

Die SPD. ist bankrott.

Die Mittelschichten sind zerrieben. Die KPD. ist die einzige Partei, die einen Ausweg zeigen kann. Und wir müssen den gärenden, suchenden Massen gegenüber als geschlossene, einheitliche Partei dastehen, sonst tragen wir die Verantwortung dafür, daß ein Teil der Arbeiterschaft in die Arme der Nationalsozialisten gerät.

Unsere Partei hat keine ernsthafte Rechte und keine ernsthafte Linke. Wir haben

eine gesunde Partei

mit großen Fehlern, mit großen Schwächen, mit einer schwerbelasteten Vergangenheit, aber eine Partei, die die Kraft hat, das deutsche Proletariat zum Kampf zu sammeln und zu formieren. Wenn Ihr von der Linken sagt: Wir müssen ein Stacheldraht aufrichten gegen den Opportunismus von rechts! so habt Ihr Recht. Wenn Ihr aber diesen Stacheldraht so dicht aufrichtet, daß er zu einer Mauer innerhalb der Partei wird, und Euch selbst den Weg zu den Massen versperrt, so seid Ihr auf dem falschen Weg.

Unsere Aufgabe ist so schwer, weil es gilt, an die Massen heranzukommen in einer Zeit, die nicht eine offen revolutionäre ist. Es ist gefährlich, eine Antibonzenstimmung zu erzeugen, die ganz nach KAO. riecht. Heute kann die KPD. zum erstenmal die Ernte ihrer jahrelangen planmäßigen Arbeit einbringen. Da gilt es, persönliche Stimmungen zu überwinden und sich auf den Boden der Linie der Partei zu praktischer Arbeit zu stellen. Die KAO.-Krise ist eine Folge der Niedergangsperiode der Revolution. Es waren schwankende, intellektuelle Elemente, die von ihr gefangen wurden. Diese Krise die wir überwunden haben, zieht aber noch einige Schatten hinter sich her und eine solche Folgeerscheinung der Krise ist es auch, wenn einige Genossen sagen: wenn etwas derartiges innerhalb unserer Partei möglich war, dann ist größte Vorsicht geboten gegenüber der Gefahr des Opportunismus. Diese übergroße Vorsicht hemmt uns. Wir müssen die umfassende Kraft werden, die den gärenden, suchenden Massen den Ausweg zeigt.

Urbahns, Hamburg:

So reizend wie die Genossin Kleine und Stolzenburg uns hinstellen, hat Moskau uns nicht gefunden. Die Resolution der Zentrale über die politische Lage ist lang und unklar. Zum Beispiel ist die Formulierung, die über die augenblickliche Ruhrkrise gefunden wurde, und die wörtlich von der „Rettung des Volkes" spricht, dem Nationalbolschewismus von Laufenberg und Wolfheim ähnlich. Ferner ist der letzte Absatz, der von der Einheitsfront und der Arbeiterregierung spricht, irreführend. Wir haben eine Resolution eingereicht und beantragt, beide Resolutionen der Redaktionskommission zu überweisen. Sodann möchte ich im allgemeinen einige Worte sagen über

unsere nächsten Aufgaben.

Die Aufgabe des Tages ist für die KPD. zunächst die Zerschlagung der SPD. Die SPD., die sich vor den Massen durch die Ruhrzustände zum Beispiel wiederum als Wortführerin des Nationalismus entlarvt hat, die den Achtstundentag verraten und die in der Betriebsrätebewegung dem revolutionären Proletariat in den Rücken fällt, kann jetzt sehr gut von uns diskreditiert werden. Unsere zweite Aufgabe wäre die bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Wir möchten Euch, die Ihr nicht zu den Linken gehört, und die Ihr uns vorwerft, daß wir nur das Maul aufreißen, fragen, was Ihr in diesen brennenden Fragen bereits getan habt. Ferner muß auch darauf hingewiesen werden daß wir in der Landarbeiterbewegung viel aktiver sein müssen. Wir müssen bei den Landarbeitern ein System von Vertrauensmännern der KPD. schaffen. Ich wende mich gegen eine Abtrennung nach Gruppen, die man als die Linken bezeichnet, auf diesem Parteitag und hoffe, daß wir hier zu einem gemeinsamen aktiveren Arbeiten kommen werden.

König-Bremen:

Wir müssen versuchen, die Fehler der Rathenau-Kampagne für die Zukunft zu vermeiden. Wenn wir damals für die Beschlagnahme der großen Güter zugunsten der Kriegsbeschädigten eingetreten wären, hätten wir diese Schichten aus dem Lager der Nationalsozialisten fernhalten und für uns gewinnen können. Auch in der Betriebsrätebewegung haben wir nicht so gearbeitet, wie es nötig war. Wir haben vor allem die Aufgabe, die Massen aus der SPD. zu uns herüberzuholen, verabsäumt.

Mit Genossin Ruth Fischer bin ich eins darin, daß die Partei nicht aktiv genug gewesen ist. Unser Hauptaugenmerk müssen wir jedoch legen auf die Mobilisierung der Massen in den Betrieben, um dort der Arbeiterschaft die arbeiterfeindliche Haltung der SPD. in ihrer ganzen Glorie zu zeigen. Unsere Kritik müssen wir legen an alles, was von der Partei getan wird. Darüber dürfen wir aber die Hauptaufgaben nicht vergessen, bei Einheitlichkeit in all unserem Handeln das Vertrauen der Masse zu gewinnen.

Schlußwort des Genossen Meyer zum politischen Bericht:

Einige Worte zu den Anträgen. Die Zentrale schließt sich dem Antrage an, die Resolutionen über die Aufgaben der Partei der Redaktionskommission zu überweisen. Die Anträge der Zentrale zu den Arbeiten der Kommunisten in den Genossenschaften, in den Sport- und Jugendorganisationen und zu der Alkoholfrage empfehlen wir zur Annahme. Den Antrag 3 ebenfalls. Antrag 4 würde sich erledigen durch die Resolution zur politischen Lage. Den Antrag 5 bitten wir auch anzunehmen. Antrag 6 wird sich erledigen durch endgültige Festsetzung der Resolution in der Redaktionskommission; das selbe gilt für Antrag 7. Dagegen bitten wir abzulehnen den Antrag 8 und zwar durch Uebergang zur Tagesordnung. Die darin enthaltenen Vorwürfe treffen sowohl auf den Inhalt der angezogenen Nummer der „Roten Fahne" wie auch auf den Inhalt des erwähnten Artikels nicht zu.

Werte Genossen! Der Gesamtparteitag wird nicht nur der Meinung sein, daß die Diskussion über den Bericht der Zentrale nicht sehr fruchtbar gewesen ist. Das hängt damit zusammen, daß alle dazu gestellten Anträge schon eingehend diskutiert worden sind in den Bezirken, Unterbezirken usw. Unsere Organisation übt in ausgedehntem Maße die Prüfung jeder auftauchenden Frage. So kann der Parteitag nur wiederholen

Die Partei braucht Kritik.

Sie ist ein Zeichen der Gesundung. Aber Uebertreibungen der Kritik ist eine Gefahr. Genossin Ruth Fischer hat erklärt, daß unsere Partei zu den Vorgängen in Bayern und im Ruhrgebiet absolut passiv gewesen sei. Dies ist eine ganz unverständliche Uebertreibung. Sie hat ebenfalls gesagt, daß die KPD. noch absolut keine revolutionäre Partei sei, sie hat jedoch keinen Beweis dafür erbracht. Es ist richtig, daß die Partei in der gegenwärtigen Zeit nicht nur um Endziele, sondern auch um Etappenforderungen zu kämpfen hat. Eine KAO.-Gruppe hat bestanden nicht nur in Deutschland, nicht nur in der deutschen Partei, sondern in der gesamten Internationale. In verschiedenen Ländern besteht diese Krise heute noch. Wir überwinden diese Krise nicht durch Reden, sondern durch

größere Aktivität.

Was hat alles Diskutieren für einen Zweck, wenn die Partei nicht versucht, in dieser Situation ihre Pflicht zu tun.

Was Gen. Eisenberger von Bayern gesagt hat, ist eine absolute Verkennung der Situation. Wir dürfen nicht die Gefahr unterschätzen. Die Situation ist ähnlich wie beim Kapp-Putsch. Die Regierung Knilling befindet sich ganz unter der Gewalt der Nationalsozialisten. Aus dieser Situation müssen wir die entsprechenden Schlüsse ziehen. Auch im Reiche ist heute die Situation ähnlich. Deshalb müssen wir zwischen den Nationalsozialisten und den Proletariern eine Schutzwand aufrichten durch Aufstellung eines Selbstschutzes, der den Gefahren entgegentritt.

Nun zur Frage der Ruhrbesetzung.

Wir vertreten in dieser Frage allein die Interessen des Proletariats. Der Kampf gegen Poincare ist der Kampf gegen Cuno. Wir machen der Regierung Cuno den Vorwurf, daß sie durch ihre Politik die Interessen des Proletariats verrät. Unser Kampf richtet sich gegen **zwei Fronten:** gegen die deutsche und gegen die französische Reaktion. Im neubesetzten Gebiet stehen die Arbeiter mit beiden Fronten in Berührung. Die Proletarier wenden sich dort unmittelbar gegen den deutschen und französischen Militarismus. Wenn Poincare versucht, mit Phrasen sich als Retter des Ruhrproletariats aufzuspielen, so weisen wir diesen Bundesgenossen ganz entschieden zurück. (Zustimmung.) Wir wissen, Poincare und das französische Kapital warten auf den Augenblick, um auch das deutsche Proletariat zu erwürgen. Wir sagen Poincare: **Willst du Arbeiterfreundlichkeit beweisen, gib die verhafteten französischen Kommunisten frei.** Das tut Poincare nicht. Das tut das französische Kapital nicht. Es kämpft gegen das französische Proletariat wie das deutsche Kapital gegen das deutsche Proletariat. Die Situation im Ruhrgebiet ist schwierig für das Proletariat. Trotzdem sind die Verhältnisse günstig für uns. Die Zahl der Anhänger wird gewaltig wachsen, die sich vereinigen unter der Parole: **für den Klassenkampf, für den internationalen revolutionären Kampf, gegen die Bourgeoisie diesseits und jenseits der Grenze.** (Bravo!)

Genosse Pieck

bemerkt, er könne auf das Schlußwort verzichten, da besondere Einwendungen gegen den Geschäftsbericht nicht erhoben worden seien. Zu der Bemerkung Lindaus, daß der Beschluß von Jena noch nicht ausgeführt sei, der die Schaffung eines besonderen Organs für organisatorische und taktische Belehrung fordert, will er nur erklären, daß der Mangel an Kräften die Ausführung des Planes bisher noch nicht gestattet habe. Das gewünschte Organ solle aber noch geschaffen werden. Sodann werden eine Reihe von Anträgen angenommen, andere der Redaktionskommission überwiesen. Schluß der Vormittagssitzung.

Sodann ging Pieck zur

Erledigung der vorliegenden Anträge

über. Eine große Reihe von Anträgen wurden der Redaktionskommission überwiesen. Angenommen wurden die folgenden Anträge:

1. Zur Freilassung der politischen Gefangenen; zur Alkoholfrage; zur Arbeit der Kommunisten in den Arbeitersportorganisationen; zur Jugendfrage; zur Genossenschaftsfrage.
2. Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg über revolutionären Parlamentarismus.
3. Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg über Mieter- und Wohnungsfragen.
4. Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg über die Aufhebung der Lohnsteuer.
5. Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg über die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat.

Durch Uebergang zur Tagesordnung wird erledigt Nr. 8 Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg (Protest gegen den Leitartikel in Heft 2 der Internationale). Der Zentrale zur Erwägung überwiesen wurde der Antrag unter V zur Landpropaganda. Sodann werden angenommen Leitsätze über die dringendsten organisatorischen Aufgaben der KPD., vorgelegt von der Zentrale zu Punkt 1d der Tagesordnung.

Weiter wurden angenommen:

Resolutionen der Zentrale (zu Punkt 1b der Tagesordnung), zur Bildungsarbeit;

Nr. 17 Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg.

Wir werden die angenommenen Anträge und Resolutionen noch veröffentlichen.

Die Zustimmung des Parteitags fand weiter folgender

Antrag der Jugendzentrale:

„Die mannigfaltigen und schwierigen Aufgaben, die der KPD. in der jetzigen Zeit zufallen, erfordern die größten Anstrengungen der Partei und ihres Funktionärkörpers, der noch sehr verstärkt und ausgebaut werden muß. Zur Behebung des Kräftemangels spricht die Partei die Erwartung aus, daß die kommunistische Jugend außer der aktiven Arbeit zur Gewinnung der Arbeiterjugend für die Partei auch ihre eigenen Mitglieder, die über 20 Jahre alt sind, und in der KJ. die genügende kommunistische Schulung bekommen haben, der Partei zuführen.

Zwecks Abgabe dieser Jugendgenossen für Parteiarbeit müssen die Partei- und Jugendkörperschaften unter Berücksichtigung der Verhältnisse in der Jugendorganisation übereinkommen, um andererseits in der Jugendorganisation keinen Funktionärmangel eintreten zu lassen."

Ein weiterer angenommener Antrag bestimmt, daß die Sitze im Zentralausschuß der Partei wie folgt verteilt werden: bis 10 000 Mitglieder entsenden 1, über 15 000 2, über 25 000 3 Vertreter in den Zentralausschuß.

Schließlich werden noch Anträge angenommen, die den Parteigenossen die Unterstützung kommunistischer Gesang- und Sportvereine zur Pflicht machen.

Erklärung.

Durch die mit der telephonischen Uebermittlung verbundene Kürzung des Berichts über mein Referat, ist der in der „Roten Fahne" veröffentlichte Bericht vom Parteitag völlig unverständlich geworden. Es ist insbesondere der innere Zusammenhang völlig verloren gegangen. Genossen, die sich über die Verhandlungen unterrichten wollen, müssen daher andere Parteiblätter, die den ausführlichen Bericht des Pressedienstes veröffentlichen, einsehen oder das gedruckte vollständige Protokoll abwarten.

Leipzig, 30. Januar 1923. Ernst Meyer.

Aus der Partei.

Internationales Orientierungsmaterial.

In einer Zeit der sich von Tag zu Tag zuspitzenden internationalen Verhältnisse ist es für alle kommunistischen Funktionäre eine unbedingte Notwendigkeit, sich einen genauen Ueberblick über die aktuellen Vorgänge in der Politik, der Wirtschaft und der Arbeiterbewegung eines jeden Landes zu verschaffen. Um allen interessierten Genossen, die sich über die internationalen Zusammenhänge in der Politik auf dem Laufenden halten wollen, entgegenzukommen, wurde die

Wochenausgabe der „Internationalen Presse-Korrespondenz"

geschaffen. Sie bringt am Schluß einer Woche in übersichtlicher, zum Nachschlagen geeigneter Form gutes aktuelles Artikelmaterial aus der Hand der führenden Genossen in den einzelnen Ländern.

Der Preis für die Wochenausgabe (jedes Heft 24 Seiten stark) ist so gering bemessen, daß kein interessierter Genosse sich diese Gelegenheit entgehen lassen sollte. Er beträgt für Deutschland pro Monat 1000 Mk. Bestellungen sind zu richten an folgende Adresse: Franz Dahlem, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 225.

Probenummern der „Inprekorr" werden vom Verlag auf Verlangen stets gern zur Verfügung gestellt. Das eben erschienene Heft 4 der Wochenausgabe enthält folgende Beiträge:

A. Losowski: Hallo! Fimmen, Vandervelde, wo bleibt Euer internationaler Streik? — Der Nationalrat der KPF. gegen die Ruhrbesetzung. — Resolution des Moskauer Sowjets gegen die uRhrbesetzung. Kero: Von Karl dem Großen zu Poincare. Newbold: England — Frankreich — Belgien. Sadoul: Loucheur, Stinnes u. Co. Fröhlich: 40 oder 60 Prozent, das ist die Frage! — Keine Instruktionen von Moskau. — Kein Kampf gegen die Bourgeoisie. Orlov: Die Krisis des jugoslawischen Staates. A. L—r. Litauens Machthaber und die Besetzung des Memellandes. — Erklärung der Kommunistischen Internationale über die angebliche Sektion der Komintern im Memelgebiet. M. N. Roy: Der legale Mord in Indien. F. Rubiner: Die Moskauer Demonstrationen gegen die Ruhrbesetzung. G. M. Serrati: Der allrussische Kongreß der Räterepublik. H. F. Spak: Ein Brief aus Schweden. M. Schneider: Die Lage der Saarbergleute — eine Mahnung an die Ruhrarbeiter! F. Heckert: Die Amsterdamer und die Ruhrbesetzung. — Die „Revolutionären Syndikalistischen Komitees" in Spanien. (CSR.) Reesma: Aus der Gewerkschaftsbewegung in Holland. W. Z. Foster: Die nationale Vereinigungskonferenz der amerikanischen Eisenbahner. — An die arbeitende Jugend! — Konferenz der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin. — Der Nationalrat der KPF. einstimmig für die Beschlüsse des 4. Weltkongresses. P. Böttcher: Der 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. A. Dunois: Die Lage in der französischen Kommunistischen Partei. — Rundschreiben der Komintern an die ihr angeschlossenen Sektionen. — Das Aktionskomitee der RGJ. und der Komintern. — Komintern und RGJ. an den Internationalen Gewerkschaftsbund und an die Zweite Internationale. A. B. Im faßistischen Italien. — Kampf gegen den Faszismus. A. Rosenberg: Alex Wins: „Gemordete Unschuld".

An alle Kreisleiter, Ortsgruppen und Partei-Funktionäre Genossinnen und Genossen!

Der Dollar kostet über 40 000 Mark.

Alle Preise werden dem Dollarstand angepaßt.

Ein Bogen Schreibpapier und 1 Briefumschlag kosten bereits mehr als 25 Mark, eine Stahlfeder 20 Mk. Das Porto für einen gewöhnlichen Brief beträgt 50 Mark.

Die Bezirksleitung sah sich deshalb veranlaßt, die Wochenbeiträge für den Monat Februar wie folgt festzusetzen:

Klasse I 80 Mk., Klasse II 50 Mk., Klasse III 25 Mk.

Die ungeheure Geldentwertung zwingt uns wiederum, den Opfermut unserer Genossen in Anspruch zu nehmen. Die ungeheuren Kosten für die Beschaffung von Büro-Material, Flugblättern, Plakaten usw. zwingen uns, die

Beitragssätze wie obenstehend zu erhöhen, obwohl die kolossale Markentwertung der letzten Tage diese Beitragserhöhungen bereits vollständig überholt hat. Wir erwarten, daß die Genossen dies berücksichtigen.

Wir weisen ferner darauf hin, daß die Marken für den Bezirks-Kampffond für den Monat Februar betragen: Klasse I 120 Mk., Klasse II 80 Mk., Klasse III 60 Mark. Sollten die Ortsgruppen nicht genügend Marken I. Klasse besitzen, so empfehlen wir ihnen 2 Marken der III. Klasse zu kleben.

Wir erwarten, daß unsere Genossen unbedingt alles daran setzen, der Bezirksleitung die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

In diesen Tagen ging auch ein Flugblatt an alle Ortsgruppen. Wir ersuchen die Ortsgruppen, die noch keine Flugblätter erhalten haben, sei es durch die Sabotage der Post oder durch sonstige Umstände, uns dies sofort mitzuteilen.

Die Bezirksleitung.

Lokales.

Breslau.

Wie es gemacht wird.

Das städtische Pressamt teilt mit: Die Mitglieder des Magistrats und die Beamten der Stadt Breslau haben sich einhellig bereit erklärt, 3 Prozent ihres Monatseinkommens der Ruhrhilfe zuzuführen. Die städtische Arbeiterschaft hat auf den Arbeitslohn von zwei Stunden Verzicht geleistet.

*

Wie schön das klingt: einhellig erklärten sich die Angestellten bereit. Was verbirgt sich aber hinter diesem einfachen Worte? Wieviel Betrug, wieviel Vergewaltigung der freien Entscheidung des Einzelnen, welch gewissenloser Diebstahl bei den armen, ausgehungerten Angestellten. Erst vor wenigen Tagen berichteten wir ausführlich darüber, wie der Magistrat Vorsorge trifft, daß solche Beschlüsse „einhellige" sind. Es ist gar „kein Zwang" dabei. O nein. Nur sollen alle die, welche sich nichts von ihrem Einkommen abziehen lassen wollen, eine Erklärung unterschreiben. Nichts weiter. Und was ist dabei? Für den, der tiefer blickt, sehr viel. Denn alle jene, die sich keine Abzüge machen lassen, sind Rebellen. Sie bleiben aufrecht stehen im nationalistischen Taumel. Oder wenigstens sind es keine Speichellecker! Und da beim Magistrat doch „abgebaut" werden muß, ist es ganz gut, wenn bekannt ist, wer von den Angestellten nicht den Rücken geschmeidig beugen will. Der „Abbau" wird bei ihnen beginnen und der Magistrat wird sich eine „treue, zuverlässige" Beamtenschaft sichern. Das heißt, es werden nur noch gefügige Kreaturen und ekelhafte Speichellecker in hohem Ansehen und festen Diensten bleiben.

Wer aber will in der heutigen Zeit größter wirtschaftlicher Unsicherheit arbeitslos werden? Niemand möchte sich dieser Gefahr aussetzen. Und darum ballen die städtischen Arbeiter und Angestellten die Faust in der Tasche, grollen und fluchen in sich hinein und — lassen sich lieber den Abzug gefallen, als daß sie durch eine Erklärung das Elend der Arbeitslosigkeit zu sich heraufbeschwören. Der Magistrat aber kann frohlockend erklären: „einhellig erklärten sich die Angestellten bereit . . ."

Täuscht Euch nicht, Ihr Herren! Gezwungen nur machen die Arbeiter Euren nationalistischen Rummel mit, gezwungen nur öffnen sie ihre Taschen. Nicht lange mehr werden sie sich zwingen lassen! Dann werden sie statt der Groschen die geballten Fäuste aus der Tasche holen und sie Euch zu spüren geben, daß Ihr Euer blaues Wunder erlebt.

Paul Löbe mußte wieder mal als Paradegaul der SPD. Breslaus aufmarschieren. Zum vergangenen Sonnabend hatte sich die SPD. ihn zu einer Versammlung verschrieben. Scheinbar bedarf dieses Paradepferd erster Garnitur recht der Schonung, denn es läßt sich nur auch von den eingeschriebenen SPD.-Mitgliedern anstaunen. In öffentlichen Volksversammlungen erscheint Paul Löbe nicht mehr. Fühlt er sich zu fein, vor die breiten Massen des Proletariats hinzutreten oder — hat er Angst, daß die Kommunisten vor den breiten Massen von ihm über seine Tätigkeit Rechenschaft fordern könnten?

Die Reaktionäre verhöhnen sich. Die „Schlesische Zeitung" bringt einen Bericht über einen Reichs-Gründungs-Kommers des berüchtigten Mörderbundes Bismarck. Neben vielen anderen Rednern hielt der bekannte Dr. Helfferich die Festrede. Als er lang und breit über die natürlich „glorreiche" Geschichte Deutschlands geredet hatte, erklang kräftig aus den jungen Kehlen die „Wacht am Rhein". Oh weh! Jetzt besingen die Bismarcker schon die Wacht am Rhein des Herrn Poincaré mit Tanks und Maschinengewehren!

† **Als Durchschnittspreise für Gas und elektrischen Strom** werden für den Verbrauch von der letzten Vierteljahresablesung bis zu der am 1. 2. 1923 beginnenden Ablesung erhoben: Für 1 Kubikmeter Gas 142 Mk., für 1 Kilowatt Strom zur Beleuchtung 256 Mk., zur Kraftübertragung innerhalb der Sperrstunden 256 Mk., außerhalb der Sperrstunden 175 Mk. Nach diesen Preisen werden die Gebührenzähler die Zahlung jedes Abonnenten auf der ihm zu übergebenden Abrechnungskarte berechnen. Das Wassergeld für den Verbrauch von der Ablesung im Dezember 1922 ab wird erst im März 1923 abgerechnet werden. Die bisher erhobenen Abschlagszahlungen werden auch für Januar und Februar 1923 eingefordert werden.

† **Die Frauenabteilung des Brausebades Tiergartenstraße** ist vom 29. Januar ab von 8½ Uhr an geöffnet.

Rattern. Aus Furcht vor den Proleten. Für Donnerstag, den 1. Februar, hatten die Deutschnationalen nach Rattern bei Breslau eine Versammlung einberufen. Nachdem sie sahen, daß Proleten in großer Anzahl aufmarschiert waren, zogen sie es vor, die Versammlung zu „vertagen". Die Polizei war erschienen, um den Deutschnationalen Schutz zu gewähren. Ungeachtet dessen hatten die deutschnationalen Drahtzieher nicht den Mut, die Versammlung stattfinden zu lassen. Die Deutschnationalen kommen in Rattern nicht hoch. Schon auf ihrer letzten Versammlung machten ihnen die anwesenden Proleten einen Strich durch die Rechnung — Redner der SPD., USPD. und KPD. behaupteten das Feld. Unsere Genossen benutzten diesmal diese Gelegenheit, um zu den erschienenen Arbeitern zu sprechen. Derselbe Gastwirt, der sich keinen Augenblick weigerte, den Deutschnationalen den Saal zu geben, lehnte es ab, seine Räume den Kommunisten zur Verfügung zu stellen. Unsere Genossen beriefen daraufhin in einem anderen Lokal eine öffentliche Mitgliederversammlung der KPD. ein, in der Genosse Lanzi referierte über „Die politische Situation und die Aufgaben des Proletariats". Eine Anzahl SPD.-Genossen und Genossinnen nahmen an der Versammlung teil. Sie erklärten, daß sie dasselbe wollen, was die Kommunisten wollen, daß sie nur ihren Führern und hauptsächlich von den auf dem rechten Flügel stehenden gehindert werden, mit den Kommunisten Schulter an Schulter in Deutschland aufzuräumen und solch eine Arbeiterregierung zu errichten, wie sie die Kommunisten wollen. Sie mißbilligten die Haltung, die die Presse ihrer Partei gegen die Kommunisten einnehme. Auch mit der Haltung des Parteivorstandes waren sie nicht zufrieden. Sie gaben es zu, bereits auch schon erlebt zu haben, daß ein großer Teil ihrer Führer nicht mehr zum rechten Flügel der Arbeiterbewegung, sondern zum linken Flügel der Bourgeoisie gehört. Wenn es ihnen nicht gelingen werde, sich im Rahmen ihrer Partei durchzusetzen, die Partei zu revolutionieren, dann werden sie geschlossen zur KPD. übertreten. Die SPD.-Genossen versprachen, an der nächsten Mitgliederversammlung der KPD. wieder teilzunehmen.

Freiburg. Wölfe im Schafspelz. In Freiburg wüter nationalistischer Rummel. Die Veranstalter sind die hiesigen Kapitalisten das Oberhaupt unserer Stadt, der „geistige Riese" aus der Redaktion des Lokalblättchens, die „Seelsorger" von Freiburg und gewisse „Aucharbeitervertreter". In trauter Gemeinschaft machen sie ihre Kirmes. Man könnte sich wahrhaftig auf einem Schützenfest nicht besser amüsieren. Doch, die Sache ist für die Arbeiterschaft bitter ernst. Anlaß zu dem Rummel gibt die Gründung einer sogenannten Notgemeinschaft und die Ruhrbesetzung. Das Freiburger Wurstblättchen macht in grobem Nationalismus und der Bürgermeister erläßt „flammende Aufrufe". Woher bei ihm diese Wandlung wohl kommen mag? Vor einigen Tagen noch drohte er einem Kriegsblinden, die Rente zu entziehen, und heute hat er sein mildes Herz entdeckt. Ist aus dem Saulus ein Paulus geworden? — Bei der ganzen Geschichte spekuliert man nur auf die Taschen der Arbeiter. Ihre Schröpfung soll „eine Brücke zwischen den Arbeitern und dem Bürgertum" schaffen. Wir stellen uns diese Brücke anders vor, denn der gemeinsame Kampf gegen den gemeinsamen Feind wird niemals Arbeiterschaft und Bürgertum verbinden. Der Not der Kleinrentner verschließen wir uns nicht. Doch die Arbeiter sind nicht in der Lage, ihnen zu helfen. Das mögen diejenigen tun, die das Geld dazu haben. Wie wäre es, wenn unsere braven Stadtväter dafür sorgten, daß jedem, der einen gefüllten Geldsack hat, so viel abgenommen würde, daß die Kleinrentner davon leben können? Den Kleinrentnern und Invaliden rufen wir zu: Nehmt den Kampf auf an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft gegen das System, unter dem ihr in immer tieferes Elend versinkt. Den Arbeitern aber empfehlen wir große Achtsamkeit gegenüber diesen Wölfen im Schafspelz.

Kesselgrund, Kreis Waldenburg. Ein Ausbeuter der Proletarierkinder ist der Gastwirt Pohler von hier. Er zahlte im vergangenen Jahre einem bei ihm beschäftigten Dienstmädchen pro Monat ganze 200 Mark. Damit das Mädchen nicht davonlief, legte der Herr am 1. Januar gutmütig 100 Mark zu, sodaß das Mädchen im Januar 1923 einen „Gehalt" von 300 Mk. zu bekommen hatte. Die Arbeitszeit begann früh um 5 Uhr und endete abends gegen 7 Uhr. Wie „human" dieser schamlose Ausbeuter ist, bewies er Weihnachten. Er vermachte dem Mädchen das fürstliche Weihnachtsgeschenk von 1 Schürze, 2 Taschentüchern, 1 Tafel Schokolade und 500 Mark. Von dem Geld, welches das Mädchen als Gehalt bekam, konnte sie sich nicht einmal die Schuhe reparieren lassen, die sie im Dienste des Herrn P. herunterriß. Von den Kleidern ganz zu schweigen. Vom Achtstundentag war bei dem Herrn natürlich keine Spur. — Als das Mädchen im neuen Jahre wegzog, wollte die Tochter dieses netten Herrn ihm auch noch die Holzpantoffeln abschachern. Dreimal machte sie den Versuch. — — — Arbeiter, merkt Euch dieses Lokal und zahlt dem Herrn die schamlose Ausbeutung Eurer jungen Klassengenossin heim. Ihr aber, Jungproletarier und -proletarierinnen, schließt Euch gegen eure Ausbeuter zusammen in der Kommunistischen Jugend.

Langenbielau. „Es gibt keinen Wucher!" Vergangene Woche kam eine Frau zum Kaufmann Jokiel und kaufte sich dort verschiedene Lebensmittel ein. Sie wollte sich noch ein Pfund Margarine mitnehmen, aber sie konnte es nicht mehr tragen, da sie schon zu viel für die Familie eingekauft hatte. Der Preis war 1500 Mk. Die Frau ging nach Hause und ging sofort wieder zu dem erwähnten Kaufmann nach der „Butter". Jetzt sollte sie aber nicht mehr 1500 sondern 2300 Mark bezahlen. Als die Frau jedoch erwähnte, daß doch vor einer Viertel Stunde dieselbe Butter noch 1500 Mark gekostet habe, sagte der Herr Jokiel, es sei frische Sendung. Aber die Frau ging nicht. Sie behauptete, daß abends kein Spediteur käme und sie stete Kundin in dem Geschäft sei. Darauf sagte Herr Jokiel zu seinem Comis: „Geben Sie der Frau noch ein Pfund. Die Frau wollte gern 2 Pfund haben, erhielt aber nur ein Pfund. Es ist somit erwiesen, daß es keine frische Sendung war, sondern daß hier der Kaufmann willkürlich die Not ausnützte und in einer Viertel Stunde den Preis pro Pfund um 800 Mk. aufschlug. Und da behauptet man immer noch, es gäbe keine Wucherer. Wir geben hiermit wieder einen Beweis, daß Wucher an allen Ecken und Enden betrieben wird. Die lange noch! So lange wie sich die Arbeiter keine Kontrollorgane schaffen.

Anerkennung für die Verdienste. Wer sich benimmt wie ein „anständiger Mensch" oder besser, wer immer „Ja und Amen" sagt, und brav seinen Rücken krümmt, kann es auch heute noch zu etwas bringen. Der alte Betriebsratobmann Leuchtenberger von der Firma Chr. Dierig ist auch für seine Verdienste, die er sich bei der Firma erworben hat, zum Bademeister ernannt worden. Na also! Es bringt immer etwas ein. Der zweite Betriebsratobmann Keil wurde abgelägt, für den wirds wohl keinen Meisterposten geben. So könnt Ihr Arbeiter auch hier sehen, wer die Interessen der Arbeiter vertreten hat; der SPD.-Obmann Leuchtenberger oder der KPD.-Obmann Keil. Das Urteil könnt Ihr Arbeiter selbst fällen.

Mikultschütz. Gemeindevertretersitzung. Die Tagesordnung der Gemeindevertretersitzung vom Freitag, den 19. Januar, umfaßte 7 Punkte. Bürgermeister Eichy eröffnete die Sitzung um 4 Uhr. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte er in ziemlich langen Ausführungen der 45 Bergleute, die bei dem Unglück auf der Abwehrgrube in Mikultschütz ums Leben gekommen sind. Ihr Andenken wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Hierauf ging man zur Tagesordnung über. Gleich zu Beginn wurde die Einleitung einer Hilfsaktion für die Hinterbliebenen der auf der Abwehrgrube verunglückten Bergarbeiter behandelt. Beschlossen wurde, 200 000 Mark aus der Gemeindekasse zu zahlen und außerdem von der Gemeinde aus Sammellisten anfertigen zu lassen und Sammlungen vorzunehmen. Dazu ist eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt worden, der auch ein Genosse von uns angehört. — Danach gelangte die Frage der Fortsetzung der Siedlungsbauten im Jahre 1923 zur Verhandlung, sowie die Entgegennahme des Finanzberichtes betr. der Siedlungsbauten. Hierzu wurde beschlossen, 36 Wohnungen zu bauen und im Frühjahr sobald wie möglich damit zu beginnen. Nach dem vorgesehenen Bebauungsplan werden gute Wohnungen geschaffen, und zwar 3- bis 4-Zimmer-Wohnungen mit Küche und Bad. — Nach Erledigung dieser Frage wurde zur Verlängerung der Beschäftigungsdauer des Technikers B. beschlossen, diesen weiter in Arbeit zu lassen. — Der Abänderung des § 3 der Gewerbesteuer-Ordnung wurde zugestimmt. Zur Frage des endgültigen Bestehenbleibens der hiesigen Mittelschule erhielt der Leiter dieser Schule, Herr Rektor Dörner, das Wort. Er schilderte die Entwicklung der Schule seit ihrer Gründung vor einem Jahr, den Stand derselben sowie ihr Wachsen. Redner erklärte, daß 90 Prozent Arbeiterkinder am Unterricht teilnehmen und sehr erfreuliche Resultate erzielt werden. Es wurde beschlossen, die Mittelschule bis auf weiteres bestehen zu lassen. Das Schulgeld wurde auf 400 Mark monatlich festgesetzt, damit auch Arbeiterkindern Gelegenheit gegeben ist, eine bessere Bildung zu bekommen. Zur Neufestsetzung der Entschädigung für übende Feuerwehrleute hatten die Antragsteller keinen festen Satz angegeben. Es wurde deshalb beschlossen, nach Einholung des Satzes des Vereins diesem stattzugeben. Zur Kenntnis genommen wurde die Möglichkeit der Beschaffung billiger Bekleidungsstücke und beschlossen, diese anzuschaffen. Ferner wurden noch der Ankauf von Bauplätzen und verschiedene andere Dinge zur Kenntnis genommen.

K.P.D., Ortsgruppe Breslau.

Heute Montag, den 5. Februar 1923
abds. 7 Uhr, in der Wratislawia (groß Saal), Mauritiusplatz

Mitgliederversammlung

Thema:

„Die politische Lage im Reich und der Rücktritt der Regierung in Sachsen."

Referent: Genosse Siewert, Chemnitz.

Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.
Buchkontrolle. **Die Ortsleitung.**

Genosse! Werbe für Dein Partei-Organ!

An unsere Kolporteure.

Es ist dringend erforderlich, daß sofort alle rückständigen Zeitungsgelder eingesandt werden. Verschiedene Kolporteure sind noch mit 2 Wochen rückständig. Auch wird nochmals daran erinnert, daß jede Zahlung erlaubt wird. 50 000 Mk. für 100 Zeitungen der zweiten Woche.

Die Expedition.

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Zeile unt. dies. Rubrik muß ein Betrag von 10 ₰ gezahlt werd.

KPD — **Bezirksleitung:** Büro u. Kasse: Bresl., Nikolaistr. 49/50. Fernruf Amt Ring 8337. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto: Breslau 58864, Alfred Oelßner.

Breslau. Montag, 5. Februar, abends 7,30 Uhr, in der Wratislawia, Mauritiusplatz (großer Saal), **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: Parteitag und Aufgabe der Partei. Kein Mitglied darf fehlen. Buchkontrolle.

Kanzlau. Montag, den 12. Februar, abds. 8 Uhr, im „Deutschen Reich", Mitgliederversammlung. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Die ernste Lage müßte jeden Parteigenossen an seine Pflicht mahnen. Frauen sowie Zeitungsleser sind eingeladen.

Liegnitz. **Jeden** Dienstag, abends 7,30 Uhr, **jetzt im Volkshaus,** Bibliothekszimmer Diskussionsabend. Alle Genossen müssen erscheinen. Frauen mitbringen. Leser der Schlesischen Arbeiter-Zeitung und Sympathisierende sind eingeladen.

KJD — **Bezirksleitung:** Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto: Breslau 67595 Max Gläser.

Freiburg. Montag, den 5. Februar, abends 7 Uhr, im „Buchwald", Fragezettel-Diskussion.

Verantwortl. f. d. gesamt. Inhalt: Th. Kanst; Inserate: Max Zschocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. sämtlich in Breslau.

Soeben erscheint:

Jugend-Internationale

Nr. 4/5

Aus dem Inhalt: Volny: Der Kampf gegen den Krieg / Doriot: Die Kriegsdrohungen und die Jugend / Der Generalstab der proletarischen Revolution: Bericht des Gen. Sinowjew auf dem 3. Kongreß der KI. / Der 3. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale / Lazar Schatzkin: Der Weg zu den Massen / Petrowsky: Die Erfahrungen der illegalen Arbeit in Rußland
Aus den Berichten der Internationale über die Arbeit der Kommunistischen Jugendverbände Englands, Bulgariens, Jugoslawiens, Finnlands, Mexikos, Indiens erwähnen wir besonders den Bericht unserer russ. Jugendgenossen über ihren Kampf gegen die Kirche
Ferner enthält die Nummer noch den Schluß der Erzählung von Trotzki, Meine Flucht aus Sibirien und Jerry Pläger (Der Tod eines Revolutionärs) von H. R. Barbor (Übersetzt von H. zur Mühlen)

VERLAG DER JUGEND-INTERNATIONALE - BERLIN-SCHÖNEBERG
Auslieferungsstelle für Deutschland: Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauer Straße 12

Gummiwaren jeder Art, Spülspritze, Irrigatoren, Leib- u. Mensbinden. Katalog gegen Rückporto. Frau A. Gehauer Breslau 6 V, Dellnerstr. 1, II. Ecke Friedrich-Wilhelmstraße 36. F

Kaufe Gold- Silber- Platin-Bruch Zahngebisse Uhren zu höchsten Tagespreisen E. Beyer Blücherstraße 15

Anzüge fertig und nach Maß nur eigene Anfertigung Paul Winkler Neue Graupenstraße 5

Wenn Du diese Zeitung gelesen hast, so gib sie an Deine Arbeitskollegen weiter.